

Der Zertil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 24, Wilmersdorfer Str. 49
Gesamtsprecher: Amt Reichstag 1000, 1070 und 1262. - Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegramm-Adresse: Zertilprolet Berlin

Versteht sich selbst Ihr nicht - Versteht alles!

Kartieren und Versenden Sie an Otto Hugo, Berlin O 24,
Remdeser Straße 4, 9 (Postfach 5395), in richtiger - Besondere
nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.
Wagnerspreis: 4 Mark für die bezugsbereite Stelle

Organ des Deutschen Zertilarbeiter-Verbandes

Wahltag ist Zahltag!

Heraus, du Proletariat!
Doch zählt euch, daß die grüne Saat
Des Sozialismus weiter sprieße
Und kräftig in die Halm'schleife!
Doch gilt es, bei den Reichstagswahlen
Den Bürgerblockler heimzuzahlen!

Man hat uns lang' genug gefoppt!
Doch aber heißt es: Abgestoppt!
Man sagt, daß Wahltag Zahltag sei -
Nun wohl, so zahlt dem Bürgerbrot
Bei dieser Wahl auch noch die Zinsen
Und jagt ihn restlos in die Zinsen!

Bedenkt der gloriosen Taten
Des Bürgerblocklers! Nur zum Schaden
Des Volkes hat er stott „regiert“,
Den Deutschen Michel angeschmiert
Und ihn gepackt mit all den Lasten,
Die selbst zu tragen ihm nicht paßten!

Die Steuerlast wollt' er nicht mindern
Den Armen von den Landeskindern!
Dafür mit Sachverständigenkenntnis
Empfand er tünliches Verständnis
Und hatte stets ein mildes Herz
Für aller Reichen Steuerschmerz!

Ein Orans war der Achtstundentag!
Er fand im schwarzweißroten Tag
Des Bürgerblocklers teins Gnadel.
Die Bürgerblockler aller Grade
Sind nur für Lohnverengung
Und Arbeitszeitverlängerung!

Auch in den Sozialbelangen
Trug dieser Block nie das Verlangen,
Dem deutschen Arbeitsvoll zu nügen;
Es dachten diese Reichstagsstügen
In dieser heiligen Reichstagsmesse
Stets nur an sich und ihr Interess!

Und auch der Wohnungsnot gesteuert
Hat dieser Block nicht; doch verteuert
Hat er dafür die Wohnungsmieten!
Das magte dieser Block zu bieten
Dem Volk der Arbeit, dessen Nöte
Durch diese Art man noch erhöhte!

Dagegen war viel Geld vorhanden
Bei diesen schwarzweißroten Oranden
Für jeden Reichswehrstriefanz
Und Panzerkreuzeraltunglanz!
Da konnten diese Blockgesellen
Das Volk um Millionen pressen!

So könnt' ich manches noch erzählen,
Doch will ich euch nicht länger quälen;
Wahltag ist Zahltag! Rechnet ab,
Doch regnet dabei nicht zu knapp
Und zahlt dem frechen Reichsblockhiesler
Mit vollgewogener Münze heim!

Nun auf zur Wahl! Doch was sehr wichtig:
Wählt überlegt und wählet richtig!
Ein Phrasenbrei riecht oftmals prächtig,
Doch schmeckt er öfters sehr verdächtig
Nach faulem Zauber. Seht auf Taten,
Dann seid ihr gut und recht beraten!

Wählt sozialistisch! Wählt frei!
Und ohne Zögern die Partei,
Die stets schon war in Tat und Wort
Der Unterdrückten starker Hort!
Dann habt ihr alle, jung und alt,
Den Segnen trefflich heimgezahlt! TAEPS

Sie sind die alten geblieben.

Woran die Arbeiterschaft bei der Wahl zu denken hat.

Genau vor 20 Jahren hielt der alte Gewerkschaftler noch sattem bekannte Häuptling der industriellen Scharfmacher, Dr. Alexander Tille, in Saarbrücken auf einer Arbeitgeberhauptversammlung einen Vortrag „Die Arbeitgeberpartei und die politische Vertretung der deutschen Industrie“. In diesem Vortrag tobte sich die mächtigste Gegnerschaft dieses erstklassigen Gewerkschaftsfressers gegen die aufsteigende Arbeiterklasse frei von allen moralischen und sonstigen Hemmungen brutal und rücksichtslos unter dem Beifall der Zuhörer aus. 20 Jahre sind seitdem vergangen. Das deutsche Volk, und nicht zuletzt die deutsche Arbeitnehmerschaft ist durch ein Meer von Blut und Eisen gegangen und hat sich einen Staat erkämpft, der noch nicht sein Staat und ihr Staat ist, aber dessen staatspolitische Grundlagen doch verheißungsvolle Ansätze zu einer Verwirklichung des politischen und sozialen Willens und Wollens der emporkommenden Arbeitnehmerschaft in sich verkörpern. Daß dieses große Werk der sozialen Befreiung und des kulturellen Aufstiegs der Arbeitnehmerschaft vom deutschen Unternehmertum nicht mit besonders liebevollen Augen begleitet wird und daß ihm immer wieder schwere Knüppel in den Weg geworfen werden, ist bei der im ganzen gesehen sozialen Verständnislosigkeit der deutschen Kapitalistenklasse kein Wunder. Gewiß, die Wege und die Formen dieser Gegnerschaft haben sich gewandelt, die herausfordernde und aufreizende Sprache eines Bued, Stumm und Tille hat einer in der Form verbindlicheren Sprache Platz machen müssen, aber in der grundsätzlichen Auffassung und Anschauung und in der Sache selbst sind die Herren von Kohle und Eisen nicht weit von den Männern entfernt, die vor 20 Jahren den Ton angaben. Der Geist und die Gesinnung haben sich nur schwer den gewandelten politischen und sozialen Verhältnissen und Anschauungen anpassen und ihnen folgen können. Sie handeln wie die Echternacher Springprozession: einen Schritt vor, drei zurück. Sie möchten gern wieder das Rad der Zeit zurückschrauben, sie können es nur nicht.

Eine Gegenüberstellung der Auffassungen und Wünsche der Unternehmer von vor 20 Jahren mit denen von heute offenbart nur die geschmeidigere Wandelbarkeit der Form und des Ausdrucks, in der Sache sind sie die alten geblieben.

Tille vor 20 Jahren!
Noch immer hat ja in der Geschichte der herrschende Stand die Staatsgewalt so gemodelt, daß sie ihm Vorteil boten. Wie sollte der Handarbeiterstand, einmal zur Herrschaft gelangt, darauf verzichten?

Zu den Grundzügen der liberalen Gesellschaftsordnung gehört ferner die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz. Im Deutschen Reich von heute gilt weder das gleiche Recht für Unternehmer und Arbeiter noch die gleiche Rechtsprechung. Es ist eine oftmals anerkannte Tatsache, daß die Rechtsprechung zahlreicher Gewerbegerichte in der behauerlichsten Weise von der Rechtsprechung der ordentlichen Gerichte zugunsten der Handarbeiter abweicht. Es ist dies die Wirkung des sogenannten Sozialmoralismus.

Daran ist aber auch das deutsche Unternehmertum mit Schuld. Es hat vergessen, daß das Wirtschaftsleben ausschließlich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt sein muß und nicht von moralistischen. Statt beim ersten Niedergang die Löhne herabzusetzen und im Arbeiter dadurch die Erinnerung daran lebendig zu erhalten, daß er in der Welt der Wirklichkeit lebt, hält es der deutsche Unternehmer immer noch für seine Pflicht, für möglichst gleichmäßige Bezahlung des Arbeiters zu sorgen, damit dessen Haushalt nur ja keine Erschütterung erfahre. Statt beim ersten Niedergang alle unruhigen Leute zu entlassen, welche den Werkfrieden stören, entläßt er zunächst die unverheirateten, weil diese keine Familie zu versorgen haben.

Unternehmer von heute!
Es ist von Arbeiterführern geradezu ein Verbrechen, die nationale Einstellung unserer Arbeiter zu hemmen.
(Geheimrat Appart, Präsident des bayerischen Industriellenverbandes, auf der Jubiläumstagung am 5. Mai 1927 in München.)

Die größten Fehler, die herumlaufen, sind die Gewerkschaftssekretäre. Wenn von denen mal einige hundert an die Laternenpfähle gehängt werden, dann wird die Industrie Ruhe haben vor den Forderungen der Arbeiterschaft. Ich gebe zu, daß es auch einige vernünftige Gewerkschaftssekretäre gibt, mit denen man reden kann, aber der größte Teil gehört an den Laternenpfahl.
(Direktor Klein von der Firma Bohwinkel in Mainz in einer Sitzung der Zentralprüfungskommission für das bayerische Sägewerbe, 1925.)

Es gibt keine deutsche Arbeiterpolitik. Es gibt nur Gewerkschaftstätigkeit. Sie lebt von der Hand in den Mund und ist ohne große Linie und ohne wirkliches Ziel.
(Dr. Otto Hugo, M. d. R., „Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 258 vom 3. 11. 1925.)

Solange die Gewerkschaftspolitik sich einseitig weiter krühen kann auf die mächtige Position, die ihr beim bisherigen Bestehen des Arbeitsministeriums das Schlichtungswesen darbietet, und solange sie deshalb jede Einstützung in die Notwendigkeit der Erhaltung des wirtschaftlichen Arbeitsvermögens vermissen läßt, ist kein Zustand geschaffen, der Ruhe bringen kann.
(Dr. Otto Hugo, M. d. R., „Ruhr und Rhein“ Nr. 15 vom 5. 1. 1928.)

Tille vor 20 Jahren!
Der Gegenseitigkeitsmoralismus Carles und Disraelis war im Zeitalter des Industriepatriarchalismus immerhin noch eine haltbare Lehre. Für Wohlthaten forderte er Treue und Hingebung an die Arbeit. Seitdem aber die Gewerkschaften in aller Form Treue und Hingebung an die Arbeit aufgeföhndigt haben, seitdem ist er eine Farce geworden. Wohlthaten auf der einen und Streikbedrohungen auf der anderen Seite sind keine Gegenwerte. Die Zeit des patriarchalischen Industriebetriebes ist unwiderruflich vorüber. Nur ein Narr kann das nicht sehen. Darum muß das deutsche Unternehmertum zur strengsten Geschäftsmäßigkeit seiner Beziehungen zur Arbeitnehmerschaft zurückkehren. Wo ihm Treue und Hingebung an die Arbeit geboten wird, da ist auch die Wohlfahrtseinrichtung und die Wohlthat am Platze. Aber sie muß auf diejenigen beschränkt bleiben, welche seine Treue und Hingebung beweisen. Wird sie weiter ausgebeutet, dann wecht sie in den Arbeitern nur den Glauben, daß die Unternehmer sich vor ihnen fürchten und ihnen aus Furcht eine Abschlagszahlung auf das leisten, was eigentlich ihre Pflicht wäre, den Arbeitern ganz zu geben: das Wertverhältnis. Die Güte des Unternehmers hält der Arbeiter heute für Schwäche. Er betrachtet sich bereits als den Erben des Erwerbes vergangener Geschlechter, und die Handarbeiterversicherung hat ihn gelehrt, sich als Staatspensionär zu fühlen, dem es nicht fehlen kann. Das Bewußtsein, daß es die Aufgabe des einzelnen Mannes ist, mit seinem Einkommen so zu wirtschaften, daß für frunkte und alte Tage etwas übrig bleibt, ist unserer Arbeiterbevölkerung zu einem sehr erheblichen Teile abhanden gekommen. . . .
Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Unternehmertums, daß die einseitige Gejegung

Unternehmer von heute!
„Rein Schlichtungswesen mehr, sondern ein einseitiges Parteiinstrument.“

(Dr. Otto Hugo, M. d. R., in der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Bochum am 11. April 1928.)

... ohne die Fürsorge gingen vielleicht 50 000 Menschen zugrunde, aber 4000 bis 5000 andere könnten dann wenigstens Werte schaffen.

(Aus einem Vortrag Geheimrat Dr. E. v. Borjigs „Betrachtungen eines Unternehmers zur Sozialpolitik“ nach der „Wossischen Zeitung“ Nr. 130 vom 1. 6. 1927.)

In vielen Betrieben Pittsbourghs sahen wir staatliche Policemen mit den bekannten Gummiknüppeln ständig postiert. Sie patrouillierten auch innerhalb der Betriebe und sie sind bei Streitigkeiten sofort zur Stelle. Dem Gummiknüppel wird rücksichtslos Gebrauch gemacht. Ein Schlag über den Schädel, und das Sanitätsauto fährt den Bewußtlosen ab! Keine Uebertreibung! Besonders die Regier erfreuen sich öfters dieser Behandlung, sie kriegen häufig den Koller und sind nur in der eben beschriebenen sanften Weise zu bändigen. Jeder in Amerika findet diese Behandlung von Personen, die sich der Ordnung widerlegen, nicht unmenschlich, sondern ganz natürlich! -
(Aus dem Buch „Drüben steht Amerika“ von Dr. Otto Hoog, technischer Leiter der Mühlenbauanstalt Umme, Giesede u. Nonnegen in Braunschweig.)

Alle am Werk Beteiligten müssen in Gemeinschaft zusammenarbeiten, und im Bewußtsein der

Lohnkampf in der Württembergischen Textilindustrie.

Die Textilarbeiter Württembergs steht seit längerer Zeit in einer Lohrbewegung. Bisher war es noch nicht möglich, zu einem neuen Tarifabschluß zu gelangen. Die direkten Verhandlungen der Arbeitnehmer mit den Arbeitgebern haben sich zerschlagen, ehe in eine sachliche Beratung der Verhandlungsgegenstände eingetreten war, und zwar deshalb, weil die Unternehmer beanstandeten, daß Vertreter der Zentralverbände der Arbeiterorganisationen mit an den Verhandlungen teilnehmen wollten. Der Einspruch der Unternehmer stützte sich darauf, daß die Zentralvorstandsmitglieder der Arbeitnehmerorganisation der Württembergischen Arbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie nicht angehören. Die Arbeitnehmervertreter verließen sodann die Sitzung und kündigten die Arbeitsgemeinschaft auf. Daraufhin hat am 14. April eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß stattgefunden. Das materielle Ergebnis des Schiedspruchs befriedigte die Arbeiterschaft in keiner Weise. Sie verweigerten deshalb dem Schiedspruch ihre Zustimmung. Die Unternehmer dagegen stimmten dem Schiedspruch zu und beantragten dessen Verbindlichkeitserklärung. Die Verbindlichkeitserklärung wurde aber von der darüber zu entscheidenden Instanz abgelehnt. Am 9. Mai 1928 haben die Textilarbeiterverbände die Funktionäre aus Württemberg zu einer Bundeskonferenz zusammengerufen, um zu dem Stand der Lohrbewegung Stellung zu nehmen. Das Ergebnis der Konferenz ist in nachstehender Entschließung niedergelegt.

Entschließung:

Die heute, den 9. Mai 1928, in Stuttgart tagende Bundeskonferenz der württembergischen Textilarbeiter, die vom Deutschen Textilarbeiterverband und dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter einberufen wurde, nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten der Arbeitgeber bei der letzten Tarif- und Lohnverhandlung und dem Ausgang derselben.

Die Konferenz bezeichnet das provokatorische Verhalten der Spundjünger während der Verhandlungen als frevelhaftes Spiel mit der Arbeiterschaft und ihrer Vertretung.

Einstimmig heißt die Konferenz die von den Verbandsleitungen eingeleiteten Maßnahmen gut und beschließt gleichzeitig, daß alle württembergischen Textilarbeiter und -arbeiterinnen geschlossen die Anordnungen der Verbandsleitungen durchzuführen, dagegen alle Vorkäufe von unverantwortlichen Elementen unbeachtet zu lassen haben.

Die Konferenz spricht den Verbandsleitungen ihr vollstes Vertrauen aus und beschließt einstimmig, in den Kampf einzutreten.

Alle vor 20 Jahren!

Unternehmer von heute!

zugesandt der handarbeitenden Gemeinamkeit der Interessen Klassen in wirtschaftlicher und werden direkte Verhandlungen... rechtlicher Hinsicht zum Stillstand kommen. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Unternehmers, daß ihm nicht noch mehr Lasten für die Handarbeiter aufzuerlegt werden, welche die Wettbewerbsfähigkeit seiner Erzeugnisse auf dem Weltmarkt meist gefährden müssen.

Wenn man diese Neußerungen ganz vorurteilslos und ohne Bedenken miteinander vergleicht, dann wird auch der Gutmeinendste keinen großen Unterschied finden. Sie sind sich selbst treu geblieben. Unbeirrt vom Wandel der Zeiten stehen sie in dem Zusammenschluß der Arbeitnehmer ein Hemmnis, gegen das sie mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln anzurennen versuchen. Der Zusammenschluß muß also doch etwas Gutes sein.

An diese Gegenüberstellungen und an den sich gleichgebliebenen Geist und die sich gleichgebliebene Gesinnung der Unternehmer müssen die Arbeiter bei der Wahl am 20. Mai denken. Die Entscheidung kann ihnen dann nicht schwer fallen.

Es wurde ferner beschlossen, daß in 20 Betrieben mit etwa 6000 Arbeitern die Kündigung eingeleitet werden soll. Die Verbände der Maschinisten und Heizer, Metallarbeiter, der Handwerker und der Wertmeister haben durch ihre Vertreter in der Konferenz erklären lassen, daß sie sich mit der württembergischen Textilarbeiterchaft solidarisch erklären. Es werden jedoch alle Berufsgruppen an den Kampf beteiligt sein.

Daß die Dinge so gekommen sind, ist allein Schuld der Arbeitgeber, die gläubigen, die gerechten Wünsche und Forderungen ignorieren zu können. Es ist damit zu rechnen, daß in Württemberg ein heißer Kampf entsteht. Zündstoff ist aber auch nach allen Seiten hin in Württemberg aufgehäuft worden dadurch, daß sich viele Arbeitgeber nicht an die abgeschlossenen Tarifverträge hielten.

Hoffen und wünschen wir, daß die Württembergische Textilarbeiterchaft im weiteren Verlauf des Kampfes Kraft zusammenfaßt, denn nur Ertüchtigung und Geschlossenheit der Arbeiterschaft kann einen vollen Sieg erringen.

Lage auf den Textilmärkten.

Die Stimmung auf den Textilrohstoffmärkten in den letzten Wochen wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß sich geringe Preisabschlüsse durchsetzen konnten. Trotzdem sprechen die aus Amerika vorliegenden Berichte von einem sehr schlechten (?) Stand der Baumwollsaaten. In vielen Staaten soll die Saat verfaul oder infolge der großen Dürre nicht aufgegangen sein. Auch wird darauf hingewiesen, daß man brauchbares Saatgut zur Nachsaat kaum oder nur zu sehr teuren Preisen beschaffen könne. Wahr an diesen Berichten scheint zu sein, daß die Baumwollfelder in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, verglichen mit normalen Jahren, ungefähr einen Monat zu einem ganzen Monat zurückgeblieben sind. Das ist von Bedeutung, da zurückgebliebene Saaten besonders den Schäden des Rüsselkäfers, des größten Feindes der Baumwollpflanze, ausgesetzt sind. Ob jedoch in diesem Jahre mit großen Rüsselkäferschäden zu rechnen ist, ist durchaus noch zweifelhaft, da die Berichte in den letzten Tagen von einer Besserung des Saatenstandes melden.

Diese günstigeren Meldungen haben aber so gut wie keinen Einfluß auf den Markt gehabt. Dieser steht unter dem Eindruck der Lage in den englischen Baumwollbezirken, die sich weiter zuspitzen hat. Auch sind die Interessentkreise der Auffassung, daß die jetzigen Preise bereits etwa den wirklichen Verhältnissen angepaßt sind. Somit Amerika in Frage kommt, werden allerdings stärkere Käufe von Baumwollwaren festgesetzt. Aber auch dadurch ist die Auffassung der Fachkreise nicht optimistischer geworden.

Aus der Arbeiterbewegung.

Emil Landgraf 1.

Genosse Emil Landgraf-Chernitz, der Geschäftsführer der „Vostimme“, ist am 9. Mai, auf dem Wege zu einer Erholungstätte sich befindend, vom Herzschlag betroffen, aus dem Leben geschieden. Mit ihm scheidet ein Mann, der sich große Verdienste um die Arbeiterbewegung erworben hat. Von Berni Birker, haben ihn auch in seiner späteren Tätigkeit starke Bande mit der Textilarbeiterchaft verknüpft.

Besonders erwähnt sei, daß unser Fachblatt „Der Textilarbeiter“ vom Bestehen der Chemnitzer Paradedruckerei an bis zum Jahre 1907 unter seiner Leitung in Chemnitz gedruckt wurde, wie auch sonst die (insbesondere sachliche) Textilarbeiterchaft seinem Wirken viel verdankt.

Wir trauern mit der sächsischen Arbeiterschaft um diesen toten Genossen und werden sein Andenken in Ehren halten.

Auch an den Rohmärkten scheint sich eine neue Abschwächung vorzubereiten. Das Geschäft in Rohwolle ist seit der Londoner Wärrgerfestigung, wo die Preise weiter anziehen, ungewöhnlich still geworden. Insbesondere bräde die Forderungen bei Garnen und Kommtzügen ab. Eine Klärung der Marktlage könnte die nächste Londoner Wärrgerfestigung bringen, die in der zweiten Maiwoche beginnt.

Textildividenden.

Bayrische Wollewaren-Fabrik Bruckmühl N. G. München. Die Gesellschaft schlägt vor, aus dem erzielten Reingewinn in Höhe von 320.000 Mk. 8 Proz. (i. B. 6 Proz.) Dividende zu verteilen.

Württembergische Leinwandindustrie in Blaubeuren. Es wird vorgeschlagen, 4 Proz. (i. B. 0 Proz.) Dividende zu verteilen.

Kammgarnspinnerei Kaiserlautern. Die Gesellschaft erzielt einen Reingewinn von 262.000 Mk. gegenüber 674.000 Mk. im Vorjahr. Es wird eine Dividende von 14 Proz. (i. B. 10 Proz.) verteilt.

Wollfabrik Jübs I. Sa. N. G. Die Gesellschaft schlägt vor, 6 Proz. (i. B. 4 Proz.) Dividende zu verteilen.

Baumwollspinnerei Selman I. Ergeb. Die Gesellschaft konnte bei einem guten Reingewinn die Dividende von 6 Proz. des Vorjahres auf 12 Proz. für das abgelaufene Rechnungsjahr erhöhen.

S. Feilich, Berlin. Die Dividendenzahlung wurde von 15 Proz. des Vorjahres auf 18 Proz. erhöht.

Wollkämmerei und Kammerei Döhren bei Hannover. Die Generalversammlung beschloß 12 Proz. Dividende (i. B. 10 Proz.) zu verteilen.

N. W. S. heht.

Wie gegen den Deutschen Textilarbeiterverband gehet wird, zeigt folgendes:

Bekanntmachung.

Wir haben ermittelt, daß in der Zeitschrift die Ansicht vertreten ist, daß die Veränderung der bisherigen Arbeitszeiten von der Betriebsleitung aus veranlaßt worden ist.

Diese Ansicht ist vollkommen irrig. Veranlassung zu der von der Gewerbeaufsichtsbehörde geforderten Verlängerung der Pausen auf eine halbe Stunde hat ein diesbezüglicher Antrag des Deutschen Textilarbeiterverbandes Berlin an das Ministerium für Handel und Gewerbe gegeben. Wir haben uns stets dafür eingesetzt, daß die bisherigen Arbeitszeiten beibehalten bleiben. Wir konnten dies jedoch auf Grund des Antrages der Berliner Gewerkschaftszentrale leider nicht erreichen. Von welcher Stelle die Gewerkschaftszentrale den Antrag zu ihrem Vorgehen erhalten hat, ist uns natürlich nicht bekannt.

Wir stellen diesen Tatsachenzustand ausdrücklich fest, um nicht falsche Meinungen über die Ursache der Arbeitszeitveränderung aufkommen zu lassen.

Sternwoll-Spinnerei Bahrenfeld G. m. b. H.

Mittele-Bahrenfeld, den 3. 5. 28.

Die Sternwoll-Spinnerei Bahrenfeld G. m. b. H. bedient sich einer sehr schlaun — wenn auch nicht neuen Methode. Sie verfährt wie jeder Dieb der beim Stehlen erwischt — durch die Straßen läuft und schreit: „Halte den Dieb“. Aber so wie es selten einem Dieb gelingt, auf die Dauer im Gedränge zu verschwinden, so bringt es natürlich auch die „Sternwoll-Verwaltung“ nicht fertig, die eigene Schuld als nicht vorhanden hinzustellen. Nachweisbar beschäftigt sie weibliche Arbeiter seit langem ungesetzlich. Da nun wegen dieses unhaltbaren Zustandes die zuständige Behörde befragt wurde, benutzt dies die Sternwoll-Verwaltung zu einem hinterhältigen Angriff gegen die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Hoffentlich ist die Kollegenschaft geschick genug, dem fern angelegten — aber dennoch alten — Gaunertrick zu durchschauen.

Von wem die Sternwoll-Verwaltung die nötigen „Taps“ erhalten hat, unterliegt noch der Nachprüfung. Sollte die mit der Erörterung betraute Behörde so unvorsichtig gewesen sein, werden wir dagegen ohne jedes Zaudern einschreiten.

Entwicklung und Grundprobleme der indischen Arbeiterbewegung.

(Fortsetzung.)

Die einheimische Bourgeoisie, bestehend aus den Krämer und Agenen des indischen Binnenhandels, den Großgrundbesitzern des englischen Eroberers, Vermittlern englischer Geschäftskompagnien und einer Reihe anderer Elemente des Wirtschaftslebens, fand nicht die Gelegenheit, ihren Besitz in industrielle Betriebe zu investieren. Britische Kapitalisten aber begannen bereits in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, in Bengalen Jutezimmereien zu errichten. Dort waren sie in der Lage und sind es bis zum heutigen Tag, von einer außerordentlich tiefen in Schulden stehenden Bauernschaft das Rohmaterial vom Felde wegzufahren zu Preisen, die das arme Landvolk unter erbarmenswerten Verhältnissen eben am Leben lassen, den Fabrikanten aber fabelhafte Monopolgewinne gestatten. Auf dem Gangesfluß wird die Jute nach den am selben Fluß gelegenen Betrieben transportiert und dort von Eingeborenen verarbeitet.

Ein Jahrzehnt später folgten dem britischen Beispiel auch indische Geldleute und gründeten auf einem anderen Gebiet der Textilbranche in der Baumwolle, Fabriken in Ahmedabad, Bombay, Calcutta, Madras und anderen Städten, welche heute die Hauptzentren dieser Industrie sind. Die erste Baumwollspinnerei entstand in Indien um 1860.

Das englische Kapital wiederum unternahm später die Gründung von Kohlenbergwerken, betätigte sich im Bau und Betrieb der Eisenbahnen, betrieb die Skandienplantagen der Leegewinnung und errichtete Papierfabriken, Jutezimmereien, zum Teil auch die Oel- und Getreidemöhlen, bis schließlich wenige Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges auch die Gründung einer Schwerindustrie, diesmal in der Hauptstadt von indischen Kapitalisten, in großem Umfang in Angriff genommen wurde.

Die erforderlichen Arbeitskräfte zu erlangen bereitete keinerlei Schwierigkeit. Aus den stark überbevölkerten bäuerlichen Landbezirken, in denen infolge des aufstrebenden gewerblichen Betätigungsmöglichkeiten aus den gekünderen Ursachen die Familien der einzelnen Familien einzig klein geworden

waren und in sehr vielen Fällen ihre Inhaber kaum noch ernähren konnten, strömten die Menschen in Massen in die neue Erwerbsmöglichkeit der Industrierei. Steuerdruck auf das Kleinbauerntum tat ein übriges, die Reihen der industriellen Proletariatarmee zu füllen.

Bei solchem Angebot von Arbeitskräften schien der jungen Industrie zunächst nicht die geringste Rücksichtnahme auf ihr Menschenmaterial vonnöten zu sein. Und sie mußte damit, wie kaum mit einem anderen Material gewußt wurde. Weder für die männlichen Arbeiter und die in Massen beschäftigten Frauen noch für die Kinder im zartesten Alter gab es irgendeine gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit. Kinder jeden Alters konnten in den Betrieben beschäftigt werden. Raum nötig zu sagen, daß die Löhne so niedrig waren, daß sie selbst bei der orientalischen Bedürfnislosigkeit nicht den armseligsten Notwendigkeiten genügten. Ja, die Löhne waren auch dann enorm niedrig zu nennen, wenn man die geringere Leistungsfähigkeit des indischen Industrierei gegenüber dem englischen oder deutschen voll in Rechnung stellt.

Bald fühlten die Textilherren der Baumwollindustrie von Lancashire, daß ihnen von so billig bedienten Maschinen eine ernsthafte Konkurrenz erwuchs, welche in Zukunft noch gefährlicher zu werden drohte. So fanden die Fabrikanten von Manchester, daß die Ausbeutung des Arbeitervolkes in der indischen Baumwollindustrie keine Grenzen habe und gegen alle Prinzipien der Sittlichkeit und Menschlichkeit verstöße. Das war damals richtig und ist es fast unvermindert noch heute. Nur ist und war die Entmenslichung und Auspressung des armen Indervolkes in anderen Industrien nicht minder groß als in der Baumwollindustrie, in einigen sogar sehr viel größer, ohne daß für deren Opfer sich jemals eine beachtenswerte Zahl englischer Stimmen hörbar gemacht hätte. Wie hat in England sich eine weithin vernehmbare Agitation erhoben gegen die furchtbare, alle historischen Vorläufer überbietende Sklaverei und Menschenquälerei in den Teepflanzungen von Assam — weil in Lancashire kein Tee gepflanzt, wohl aber Baumwolle verarbeitet wird. Auch im Hinblick auf die Menschenbehandlung in der Juteindustrie, die längst schon von Schottland ins Gangesdal überföhrte und seiner britischen Konkurrenz nicht viel Sorgen bereitet, wird das Menschheitsgemessen nicht auf der Schirmgel-

scheibe geschliffen, und noch heute sieht man dort in Massen Frauen mit ihren Säuglingen auf dem Arme in den Fabriken die Arbeit verrichten, während andere kleine Kinder in Ermangelung eines besseren Aufenthalts dem Schmutz und die Rehrichtwinkel der Fabrik bevölkern, um dann so früh wie irgend möglich selbst an die Maschine gestellt zu werden. Nicht besser ist es im nordindischen Kohlenbergbau, der gleichfalls vorwiegend in britischen Händen ist.

Immerhin: Von englischen Baumwollindustriellen kam der erste Anstoß zu einer indischen Fabrikgesetzgebung. Auf ihre Agitation in England und ihre Interpellationen beim Staatssekretär für Indien hin, die bereits 1875 die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie von Bombay bewirkten, wurde 1881 ein für Indien geltendes Gesetz durchs englische Parlament gebracht, welches die Arbeit der Kinder unter sieben Jahren verbot und für die anderen bis zum zwölften Jahre die tägliche Arbeitszeit auf neun Stunden beschränkte.

Durch diesen ersten Anlauf zu einem Arbeiterschutz in Indien ermüdet, traten nunmehr in Indien selbst eine Anzahl eingeborener Volksführer hervor, welche durch die Veranstaltung von Massenversammlungen von Industrie- und insbesondere von Textilarbeitern der Regierung die Forderung und Notwendigkeit von weiteren Schutzgesetzen und deren ernsthafter Durchführung demonstrieren wollten. Die ersten solchen Versammlungen, die bereits mehrere tausend Teilnehmer zählten, fanden in Bombay statt. Es ist lehrreich zu lesen, was damals in jenen Versammlungen und Massendemonstrationen als die elementarsten Schuhmaßnahmen gefordert wurde. Wir zitieren daher jene Forderungen aus dem Jahre 1884, aus der Schrift des Bengalen N. R. Das: „The Labor Movement in India“:

1. Gewährung eines völlig arbeitsfreien Sonntags für alle Textilarbeiter;
2. eine Mittagspause von einer halben Stunde;
3. Arbeitsbeginn nicht vor 6.30 Uhr vormittags und Arbeitsschluß bei Sonnenuntergang;
4. Lohnzahlungen nicht später als am 15. des Monats, der auf den zu entlohnenden Monat folgt;
5. Entschädigung in Höhe des vollen Lohnes für Arbeiter, welche durch einen bei der Arbeit erlittenen

Die Diktatur des DFB.

Der konservative „Stegemann-Deutsche“ bringt in Nr. 100 vom 28. April 1928 eine Notiz, die angeblich durch die „Gewerkschaftliche Rundschau“ des Sozialdemokratischen Pressebundes unter dem 20. April 1928 verbreitet worden sein soll. Es heißt da:

„Sämtliche Angestellte des Deutschen Textilarbeiterverbandes haben, soweit diese bei der DFB. politisch organisiert sind, eine ehrenwörtliche Erklärung beim Hauptvorstand einzureichen, daß sie aus der DFB. ausgeschieden sind; andernfalls ist das Angestelltenverhältnis zu lösen.“

Der „Deutsche“ schreibt dazu: „Hier werden die Methoden angewandt, die bei den reaktionären Arbeitgebern vor ein paar Jahrzehnten üblich waren... Daß der Vorstand trotz derartigen Maßnahmen, die die politischen Rechte und Freiheiten des einzelnen Staatsbürgers auf das stärkste beschneiden, noch von einer parteipolitischen Neutralität des Deutschen Textilarbeiterverbandes redet, ist in der Tat ein starkes Stück.“

Der „Deutsche“, dem es darauf ankommt, den Deutschen Textilarbeiterverband zu verleumden, hat den Vorstand unterschlagen und ebenso die richtige Stelle nicht angegeben, die diesen Satz fabriziert hat. Zur Klarstellung wollen wir deshalb darauf hinweisen, daß in einer Verlesung in der Ortsgruppe Neugersdorf eine Resolution gegen die Gewerkschaften in Dresden, die der DFB. angehören, angenommen wurde, in der der oben zitierte Satz am Schluß steht. Der „Deutsche“ hat sich also das Feindstückchen geleistet, diesen Passus dem Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu unterstellen, und zwar in ganz positiver Form. Der Redaktion des „Deutschen“ scheint jenes Gebot: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten“, nicht mehr geläufig zu sein.

Durch die obige Notiz ist ebenfalls ein Stribling der DFB. angeregt worden, im „Deutschen“, Nr. 100 vom 9. Mai, gegen den DFB. Stellung zu nehmen, ihm ebenfalls Diktaturgelüste vorzumerken. Der „Deutsche“ hat die Einfindung der Aperturen auf der Gewerkschaft untergebracht. Was dieser Schreiber, der uns nicht unbekannt ist, hier zusammenge-schrieben hat, entspricht in keiner Weise der Wahrheit.

Nur auf eins wollen wir eingehen. Es wird in dem Eingefandten an den „Deutschen“ behauptet, daß die Sekretäre Heidel und Winkler zur Strafe gebracht werden sollen. Wir wollen hierzu feststellen, daß bisher eine größere Anzahl von Anträgen aus sächsischen Ortsgruppen beim Hauptvorstand eingelaufen sind, die fordern, daß Winkler aus der Organisation ausgeschlossen werden soll, und zum anderen, daß Winkler und Heidel ihrer Posten entsetzt werden sollen! Der Hauptvorstand hat die Angestellten geschützt, was auch durch eine Resolution, die auf dem Verbandsstag in Hamburg angenommen worden ist, noch besonders dokumentiert wurde. Daraus geht hervor, daß der Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes wegen Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen Partei keine Angestellten maßregelt. Der Hauptvorstand war aber gezwungen, infolge der zahlreichen Anträge und Meinungsäußerungen, die in dieser Angelegenheit aus Sachsen bei ihm einliefen, dieselben zum Gegenstand einer Aussprache im Gesamtvorstand zu machen. Zu dieser Aussprache waren selbstverständlich einige Ankläger, die GauSekretäre Winkler und Heidel sowie der sächsische Gauleiter Zwahr geladen. Bei dieser Aussprache ist von den Anklägern verlangt worden, daß sie ihre Anträge, die sie beim Hauptvorstand gestellt haben, mit Beweisgründen belegen sollen, damit sich eventuell der Beirat mit der Angelegenheit befassen kann. Ob jedoch der Beirat zu der Angelegenheit Stellung nehmen wird, wird davon abhängen, inwiefern die Anträge im obigen Sinne ergänzt werden. Feststellen möchten wir das eine, daß allein, stehend auf die Zugehörigkeit zur DFB., ein Ausschlußantrag oder ein Antrag auf Amtsenthebung nicht begründet werden kann. Selbstverständlich ist aber, daß jede Stellung in der Organisation auf einem Vertrauensverhältnis beruhen muß. Dort, wo die Mitglieder in ihrer Mehrheit den Angestellten das Vertrauen entziehen, treten Komplicationsfälle ein, die im Interesse der Bewegung eine Klärung finden müssen.

Unfall zeitweise erwerbsunfähig sind; Gewährung angemessener Entschädigung für den Lebensunterhalt des Arbeiters im Falle lebenslänglicher Arbeitsunfähigkeit infolge Unfalls.

Wir werden im Verlauf dieses Berichts eingehend zeigen, welche von diesen vor dreiwanzig Jahren erstmals formulierten bescheidenen Mindestforderungen bis zum heutigen Tage erfüllt worden sind und um welche derselben das indische Fabrikproletariat heute noch durch seine Gewerkschaften kämpft, und ferner, welche anderen sozialen Forderungen im Laufe der Jahre neu erhoben wurden.

Distussion.

Fabel von W. Frenzel.

Rein Büßchen regte sich. Hell und freundlich leuchten die Sonne. Wärme war und Stille ringsum in weiter Flur.

Ein wildes Kaninchen lag vor seinem Bau und konnte sich zu wahliger Mattheit entspannen. Plötzlich reckte es sich auf und spitzte die Lauscher. In höchster Eile kam ein anderes Kaninchen herangerast. Weit hinter ihm lieh es ein paar Jagdhunde.

„Nanu, was ist denn los?“ erkundigte sich Meister Saloppohr bei seinem ganz erschöpften Gefährten und Gast.

„Was los ist? Was los ist?“ japsite der schweratmend. „Ein paar Käter sind los. Siehst du nicht, daß Windspiele hinter mir her sind?“

„Windspiele? Rein, das sind doch Jagdhunde...“

„Bist du dumme? Windspiele sind es, keine Jagdhunde. Windspiel bleibt Windspiel.“

Und so stritten sich die beiden Kaninchen herum, ob sie es mit Jagdhunden oder Windspielen zu tun hätten.

Unterdessen aber kamen die Hunde heran. Sie fanden ihre Opfer in blinder Distussion. Aber sie warteten ihr Ende nicht ab. Sie fielen gemeinsam über ihre Beute her und würgten sie solange, bis ihnen Hören und Sehen vergangen war.

Und so blieb nur eines gewiß: das Refusit der Kaninchen-Distussion in Gestalt von zwei fetten Braten. Die hergehetzen nach in der Pfanne des Jägers. An den hatten die Disputanten nicht gedacht.

(Reinhold-Schilling)

Kohlenpreissteigerung.

Eine grundsätzliche Entscheidung.

Die Bergbauindustriellen in Rheinland und Westfalen haben die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne zum Anlaß genommen, eine recht empfindliche Kohlenpreissteigerung durchzusetzen. Auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes können die Bergbauunternehmer, die sich nach den gesetzlichen Bestimmungen in Syndikaten zusammenschließen haben, selbständig keine Preiserhöhung vornehmen. Zuständig dafür ist der Große Ausschuss des Reichskohlenrats. In diesem Ausschuss sind Vertreter der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Verbraucher vertreten. Auch wenn der Große Ausschuss des Reichskohlenrats einer von den Syndikaten beantragten Kohlenpreissteigerung zustimmt, hat der Reichswirtschaftsminister nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz das Recht, Einspruch gegen diese beschlossene Preissteigerung einzulegen. Man spricht in diesem Zusammenhang von dem Vetorecht des Reichswirtschaftsministers. Die Preise für die Kohlen werden also nicht wie die Preise anderer Waren, entsprechend der Marktlage oder auf Grund von Syndikats- bzw. Kartellbeschlüssen,

vielmehr durch die Preisfestsetzung fast unter dem Einfluß der Arbeitnehmer und der Verbraucher. Es liegt eine sogenannte Preisbindung vor.

Bezüglich dieser Preisbindung behauptet man immer wieder im Unternehmerlager, daß der Kohlenbergbau unter Zwang wirtschaftliche stehe und verlangt unter Hinweis darauf, daß die „Zwangswirtschaft“ in allen anderen Wirtschaftszweigen verschwunden sei, die Befreiung dieser im Kohlenwirtschaftsgesetz vorgesehenen Regelung. Nichts ist aber verkehrter, als in diesem Falle von einer Zwangswirtschaft zu sprechen: die Preisbindung in der Kohle ist eben ein Ausdruck unserer modernen industriellen Entwicklung. Je mehr ein Wirtschaftszweig in seiner Gesamtheit in Kartellen oder Trusten zusammengeschlossen wird, desto mehr findet sich die Möglichkeit der Zulagerung Monopolpreise anzufordern. Der Bergbau ist jedoch reiflos in den oben erwähnten Syndikaten kartelliert. Daher besteht die Gefahr, zum Schaden der Wirtschaft Monopolpreise durchzusetzen. Deshalb ist es nötig, daß das Gesetz den Arbeitnehmern und den Verbrauchern Einfluß auf die Preisregelung gibt.

Der Große Ausschuss des Reichskohlenrats hat nun den Beschluß gefaßt, den Kohlenpreis pro Tonne des Gesamtwertes um eine Mark zu erhöhen. Dieser Beschluß klingt äußerst harmlos. Er ist es aber nicht, weil der Große Ausschuss dem Syndikat das Recht gab, selbst zu bestimmen, welche Kohlen im Preis erhöht und in welchen Bezirken die Kohlenpreissteigerungen durchgeführt werden sollen. Die Nachfrage nach den verschiedenen Kohlenarten ist nämlich sehr verschieden. Selbstverständlich kann man nur den Preis solcher Sorten erhöhen, die stark von dem Verbraucher gefragt und verlangt werden. Auch kann man nicht die Kohlenpreissteigerung für das gesamte Abnahmegerbiet durchzuführen, was die deutsche Kohle mit der englischen Kohle zu konkurrieren hat, in den sogenannten bestrittenen Gebieten, also hauptsächlich in Berlin, Lübeck, Hamburg, Bremen und in Süddeutschland, ist nicht an eine Preissteigerung der deutschen Kohle zu denken, weil ja die englischen Kohlenexporteure diese Preissteigerung nicht mitmachen. Die vom Großen Ausschuss beschlossene Kohlenpreissteigerung um eine Mark pro Tonne mußte also auf solche Kohlenarten und auf solche Gebiete umgelegt werden, die für eine Preissteigerung in Betracht kamen. Auf diese Umlegung hat der Reichskohlenrat verzichtet und sie dem Syndikat überlassen. Das Syndikat aber hat ausgiebigen Gebrauch von diesem Zugeständnis gemacht. Nach der jetzt vorliegenden neuen Kohlenpreislifte des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikats sind die Preise für die gängigsten Kohlenarten bis 5 Mark pro Tonne erhöht worden.

Im Durchschnitt beträgt die Erhöhung 3 Mark pro Tonne. Aus der beschlossenen Kohlenpreissteigerung von einer Mark wurde eine Preiserhöhung von 3 Mark.

Die hange Frage ist, wie sich diese ganz bedeutende Preissteigerung eines wichtigsten Rohmaterials auf die Fertigungsindustrie und auf die deutsche Warenausfuhr auswirken wird. Diese Tatsache erhält um so mehr Bedeutung, als sich der Schwerpunkt der deutschen Konjunkturerentwicklung in den letzten Monaten wesentlich verschoben hat. Erhielt die günstige Konjunkturerentwicklung in Deutschland im Vorjahre ihren Antrieb und ihren Anreiz aus einem starken Inlandsabfah, so zeigt sich jetzt, daß die Warenausfuhr der Warenausfuhr, für das Konjunkturbild von immer größerer Bedeutung wird. Bewirkt die Kohlenpreissteigerung eine wesentliche Erhöhung der Preise der deutschen Fertigungsgüter, so muß das den deutschen Warenausfuhr ungünstig beeinflussen. Die Schlussfolgerungen für die Konjunkturerentwicklung liegen auf der Hand.

Nun sind wir der Auffassung, daß die Preise in den meisten Wirtschaftszweigen übersteht hoch liegen. Die Unternehmer sind in der Lage, die Kohlenpreissteigerung zu tragen, ohne ihrerseits auch die Preise zu erhöhen.

Allem Anschein nach wollen aber die Unternehmer die Kohlenpreissteigerung für eine Erhöhung der Preise ihrer Produkte auswerten. So rechnet man mit einer Preiserhöhung in der Eisen- und Stahlindustrie, in den meisten Baustoffindustrien um. Die Gießereien haben bereits eine Preiserhöhung von 6 Proz. vorgenommen, ohne daß, wie von einer gut unterrichteten Unternehmerorganisation nachgewiesen wurde, ein Grund in Gestalt einer Erhöhung der Rohpreise oder Löhne vorlag. Es ist zu befürchten, daß das gesamte deutsche Unternehmertum es gerade so macht, wie es die Gießereien getan haben. Volkswirtschaftliche Hemmungen gibt es bei diesen Leuten ja nicht. Der Reichswirtschaftsminister hat aber zu überlegen, nicht doch von seinem Vetorecht, auf das er bisher verzichtete, nicht doch Gebrauch machen soll.

Als der Große Ausschuss des Reichskohlenrats dem Syndikat die Konzession machte, die Preissteigerung selbst umzusetzen, sprach man von der Notwendigkeit, den Syndikaten eine größere Beweglichkeit in der Preispolitik zu geben. Jetzt haben wir die Folgen dieser Preissteigerungspolitik vor uns und wir müssen sagen, daß es sich um eine regelrechte Ausschüttung und Untergrabung des Kohlenwirtschaftsgesetzes handelt.

Darauf zielt ja auch jede Bemühung der Grubenbarone hin: sie wollen das verhasste Kohlenwirtschaftsgesetz möglichst bald befeitigen und glauben das zu können, indem sie eine wichtige Bestimmung nach der anderen aus der Kraft ziehen, suspendieren. In der Sitzung des Großen Ausschusses, die der Kohlenpreissteigerung um eine Mark pro Tonne zustimmte, lag ja auch ein Antrag der Unternehmer vor, die Preisbildung der Kohle überhaupt freizugeben; allerdings unter Kontrolle der Arbeitnehmervertreter und der Verbraucherschaft. Auch sollten Verbraucher und Arbeitnehmer das Recht haben, falls das Syndikat das Zugeständnis, die Preise selbständig festzusetzen, misbrauchte, die Wiedereinführung des früheren Zustandes zu verlangen. Dieser Beschluß hätte geradezu eine Katastrophe für unsere Wirtschaft bedeutet. Heute, wo überlegte Monopolpreise in der Kohle nicht möglich sind, konkurrieren noch die einzelnen deutschen Bergbaugebiete miteinander, kämpft die Braunkohle noch gegen die Steinkohle. Konkurrenz bedeutet auch die Einfuhr englischer Kohle; sie sorgt dafür, daß wenigstens in bestimmten Gebieten, den bestrittenen Gebieten, der Kohlenpreis nicht willkürlich erhöht werden kann. Hätte man die Preisbindung, den Einfluß von Arbeitnehmern und Verbrauchern auf den Kohlenpreis befeitigt, dann hätten sich selbstverständlich die einzelnen Syndikate nicht nur untereinander, sondern auch mit den Engländern verständigt; dann wäre es möglich gewesen, den Verbrauchern die Kohlenpreise zu diktieren. Ausgerechnet waren die Vertreter der Verbraucher im Großen Kohlenausschuss für den Antrag der Unternehmer, weil sie seine Tragweite nicht erkannten, während die Arbeitnehmer seine Dagegen ausgesprochen. Unter diesen Umständen waren die Arbeitnehmer gezwungen, den Unternehmern das Recht zu geben, die Preissteigerung selbstständig umzusetzen, die Preispolitik beweglicher zu machen. Die Arbeitnehmer im Reichskohlenrat können für sich in Anspruch nehmen, daß sie den Anspruch des Unternehmertums, die Generalattake auf das Kohlenwirtschaftsgesetz abgelehnt haben. Sie dürfen aber nicht verkennen, daß in dem Maße, wie das Kohlenyndikat in Zukunft die „Beweglichkeit der Preispolitik“ behauptet, das Kohlenwirtschaftsgesetz ausgehöhlt und untergraben wird.

Betrachten wir einmal die geschilderten Vorgänge von der grundsätzlichen Seite und mit den Augen des Sozialisten. Daß der Bergbau in einer Krise steckt, wird jeder zugeben, wenn man auch die ständigen Behauptungen des Unternehmertums, die Kohlenproduktion sei nicht mehr rentabel, als Unsinn und Unfug bezeichnen muß. Der Kohlenbergbau muß in unsere gesamte industrielle Entwicklung neu eingeordnet werden.

Seine Gesundung, seine Sanierung ist nur durch Mittel möglich, die auf jeden Fall außerhalb der üblichen privatkapitalistischen Sanierungspolitik liegen.

Dieselben Schmerzen wie wir haben ja auch England und Amerika mit ihrem Bergbau, und die ganze Situation sieht sich kaum anders dar als bei uns. In Deutschland haben wir in der Kohle die Preisbindung. Die Preisfestsetzung wird bei uns nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen geregelt. Nun kann der Große Ausschuss wohl die Preise festsetzen, aber Einfluß auf den Bergbau selbst, auf die Produktion, hat er nicht. Während wir Preispolitik nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen machen, bleibt die Produktion privatkapitalistisch ausgezogen. Dieser Zwiespalt — und wir stehen nicht an, diesen Zwiespalt Uebergang zu nennen — ist es, unter dem der Kohlenbergbau leidet. Wir verlangen mit Recht, daß die gemeinwirtschaftliche Preisregelung, der Anfaß sozialistischer Wirtschaftspolitik, den wir bei der Preisbindung haben, auch auf die Produktion übertragen wird. Dagegen sträubt sich selbstverständlich der private Kapitalismus.

Er verlangt Befreiung der Preisbindung, Wiederherstellung der Allmacht des Kapitals in der Wirtschaft, Entfesselung des Kapitals von der öffentlichen Kontrolle.

Wenn im Großen Ausschuss um Beweglichkeit der Preispolitik gestritten wird, so ist das ohne Zweifel die kleinere Fassade für ein gigantisches Schauspiel, in dem zwei Welten aufeinanderstoßen, und in diesem Falle darum kämpfen, wie die Entwicklung in Zukunft sein soll; ob es nach den Wünschen der Grubenbesitzer geht, ob die öffentliche Kontrolle befeitigt wird oder ob die Macht der Arbeit gestärkt und ihre Freiheit erreicht werden kann. Es kreuzen sich hier Wege in einer Form, mit einer materiellen Wucht, die früher oder später zur Entscheidung führen muß.

Der Uebergang, in dem wir nun seit Jahren stehen, befriedigt nicht nur wenig, sondern er zeigt sich den Anforderungen einer neuen Entwicklung nicht gewachsen. Am besten sehen wir das ja auf dem Gebiete der Lohnpolitik, wo die Dinge ähnlich liegen wie auf dem Gebiete der Preispolitik. Der Schlichter entscheidet über den Tarif, das Reichsarbeitsministerium kann einen Schiedspruch verbindlich erlassen. Die „Wohlfreiheit“ der Arbeiterin und des Arbeiters hat aufgehört. Täuschen wir uns nicht, dieser Zustand bedeutet gegenüber früher einen ungeheuren Fortschritt. Aber er befriedigt nicht und er genügt auch nicht. Wieviel Schiedsprüche sind in den letzten Monaten gefällt und wieviel Tarife sind für verbindlich erklärt worden, die durchaus einseitig die Interessen der Arbeitgeber berücksichtigen und die gerechte Entlohnung der Arbeitnehmer auslösten?

Die Tatsache jedoch, daß dieser Uebergang nicht befriedigt, kann uns aber nicht von dem Bestreben abhalten, ein Arbeiterrecht und ein Arbeitsrecht in sozialistischem Sinne auszubauen.

Das Kohlenwirtschaftsgesetz mit seiner Preisbindung ist ein einseitiger Uebergang. Eine unbefriedigende Auswirkung dieses Uebergangs darf nicht entmutigen, nicht von der Erreichung des Zieles abhängen, dem Sozialismus Wege in eine nahe Zukunft zu bahnen. Dem Sozialismus gehört die Zukunft!

Schon aus diesen Gedanken heraus muß auch die Textilarbeiterin und der Textilarbeiter am 20. Mai tun, was Pflicht eines aufgeklärten, zukunftswirksamen Staatsbürgers ist: unsere Stimme gehört der Partei, die in praktischer Arbeit bewiesen hat, daß sie es versteht, dem Sozialismus Wege in die Zukunft zu bahnen.

Politische Wochenschau.

Vor der Entscheidung. — Der Verlauf des Wahlkampfes. — Die Zersplitterung der Parteien. — Das böse Beispiel von Frankreich. — Die Vorgänge in Rumänien. — Gefährliche Lage in China.

Der Tag der Entscheidung steht unmittelbar bevor. Der 20. Mai 1928 soll Klarheit darüber bringen, ob im Deutschen Reichstag und in den Parlamenten der einzelnen Länder die Reaktion herrschen oder ob die Arbeiterklasse den ihr zustehenden Einfluß erringen soll. Wenn ja, so gilt es diesmal alle Kräfte anzuspannen, um einen glänzenden Sieg des werktätigen Volkes über die besitzenden Klassen zu erringen. Der Umsturz von 1918 hat erst die Vorbedingungen zur Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus gebracht. Der Kampf um eine Neugestaltung der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Verhältnisse aber geht weiter. Er wird erst dann beendet sein, wenn die Ziele des Sozialismus verwirklicht, wenn jede Art von Ausbeutung in der menschlichen Gesellschaft beseitigt ist. Der Wahltag ist eine Etappe auf diesem Wege. Das Ziel kann um so schneller erreicht werden, je einiger und geschlossener die arbeitende Klasse zusammensteht, befeuert von dem Willen, die Forderungen ihrer großen Bewegungen durchzusetzen!

Der Wahlkampf hat sich im allgemeinen in ruhigen Formen vollzogen, nur an wenigen Stellen ist es zu Zusammenstößen gekommen. Die Deutschnationalen befinden sich auf der ganzen Linie in der Abwehr; um ihre sicher zu erwartende Niederlage nicht zu groß werden zu lassen, greifen sie zu den schlimmsten Mitteln der Lüge und der Verleumdung. Ihre Wahlplakate schmücken sie mit dem Bildnis des Reichspräsidenten Hindenburg, aber er wird sie ebenso wenig „retten“, wie er das bisher imstande gewesen ist. Die anderen bürgerlichen Parteien bemühen sich, den Deutschnationalen Boden abzugewinnen, im übrigen malen sie wieder einmal das Schreckgespenst des Sozialismus an die Wand. Die Kommunisten haben gleich von Anfang an mit einer lärmenden Agitation begonnen, deren Wirkung sich zuletzt abgestumpft hat. Da Da ihnen durch die Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes eine schöne Parole entgangen ist, müssen sie sich damit begnügen, die Sozialdemokratie auf das wüßteste zu beschimpfen, was übrigens kein denkender Mensch ernst nimmt.

Die sozialistische Propaganda ist mit den modernsten Mitteln betrieben worden. Lautsprecher auf Autos montiert ziehen durch das Land. Hunderte von Kraftwagen stehen den sozialdemokratischen Rednern zur Verfügung, damit auch in die kleinsten Ortschaften das Evangelium des Sozialismus getragen werden kann. Mehrere Filme sind hergestellt worden, die das Wirken der sozialdemokratischen Partei in anschaulicher Weise zeigen. Einen guten Maßstab für die Stimmung im Volke bildet die Tatsache, daß selbst in solchen Gegenden, wo noch bei der vorigen Wahl die Bevölkerung aufs schärfste gegen die Sozialdemokratie verhetzt worden war und sozialdemokratische Wähler schwer unterzubringen waren, heute das Wahlmaterial der Sozialdemokratie mit großer Sympathie entgegengenommen worden ist.

Die Zersplitterung ist diesmal noch größer als bei früheren Wahlen. Der Reichswahlauschuss hat nicht weniger als 31 Wahlvorschlüsse zugelassen. An erster Stelle steht mit Nr. 1 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, dann folgen die anderen Parteien, die bisher schon im Reichstag vertreten waren. Es fehlen jetzt einige Parteisplitter, die noch 1924 aufgetreten waren, so der Sozialistische Bund Georg Ledebours und der Häuserbund. Dafür sind mehrere „Volkrechts-“ und „Volkwohl“-parteien entstanden, die Evangelischen leisten sich zwei Parteien, es gibt eine Handwerker-Partei, eine Haus- und Grundbesitzerpartei, eine Partei der rationalen Minderheiten. Daß im Bürgertum jede Interessengruppe ihr besonderes Parteiüppchen suchen will, kann man verstehen. Aber als eine Schande muß es bezeichnet werden, daß neben der großen Sozialdemokratischen Partei noch verschiedene andere Gruppen und Gruppchen auftreten. Da sehen wir die rätselhafte „Allsozialisten“, die das Reich mit Hilfe des Stahlhelms erobern wollen; die Unabhängige Sozialdemokratie, die außer einigen „Führern“ nichts hinter sich hat, erscheint noch einmal; neben den offiziellen Kommunisten finden wir noch den Lenin-Bund, der die ganz echten Revolutionäre beherbergt. Die beste Antwort des werktätigen Volkes auf diese immer wieder in seine Reihen hineingetragene Verwirrung ist die Wahl der Liste 1 am 20. Mai, die Liste der größten Partei Deutschlands, der Sozialdemokratie.

Wohin die Zersplitterung und der Bruderkampf führt, das zeigt sich am besten in Frankreich. Dort haben die Sozialisten 1,7 Millionen, die Kommunisten 1 Million Stimmen erhalten. Beide Parteien stellen fast den vierten Teil der französischen Wählerschaft dar. Durch die unglückliche Parole von Mostan, daß kein Sozialist unterlügen werden dürfe, ist aber die Stellung der Arbeiterklasse im französischen Parlament ungeheuer geschwächt worden. Die sozialistische Partei ist die stärkste Partei in Frankreich, sie hätte 130 Mandate erhalten können, wenn nicht die Kommunisten ihre selbstmörderische Taktik geübt hätten. Die Kommunisten wiederum hätten auf etwa 50 Mandate Anspruch gehabt, sie erhielten aber nur 16 Sitze in der Kammer. Da wir in Deutschland die Stimmen der Arbeiterklasse bei der Entscheidung verloren gehen werden. Immerhin aber wäre die Macht und der Einfluß des werktätigen Volkes in Deutschland viel größer, wenn auch die Kommunisten, wie es die Sozialdemokraten tun, ihre Front gegen den Feind des Proletariats, gegen das Kapital, gerichtet hätten.

In Rumänien ist es zu einer lebhaften Bewegung der Bauern gekommen, von der man vorläufig noch nicht weiß, ob sie im Sande verlaufen oder mit einem Umsturz der bisherigen Regierungsverhältnisse enden wird. 200 000 Bauern hatten sich bei Alba Julia (Karlburg) zusammengefunden, und in einem feierlichen Schwur sprach die Kund-

gebung der gegenwärtigen Regierung jedes Recht ab, im Namen des Landes zu handeln. Man forderte den Rücktritt der jetzigen Regierung und eine Regierung der „nationalen Bauernpartei.“ Die jetzige Regierung behauptet, daß diese Kundgebung einen harmlosen Charakter getragen habe. Dem steht aber die Tatsache entgegen, daß man es nicht gewagt hat, den Bauern mit Gewalt entgegenzutreten, was die Regierung sicher getan hätte, wenn sie sich noch für ungefährdet gehalten hätte. Auch die Verhängung der Nachrichtenzensur über das Land spricht nicht für die Stärke der jetzigen Regierung.

Weit gefährlicher * * * es wieder einmal in China aus. Die nationalen Truppen unter dem Befehl des Generals Tschiangkaiſchek hatten bei ihrem Vormarsch auf Peking Tsinanſu, die Hauptstadt der Provinz Schantung, erobert, und das betrachteten die Japaner als einen Einbruch in ihre Interessensphäre. Es ist bereits zu Kämpfen zwischen Japanern und Chinesen gekommen. Welchen Umfang dieser Konflikt annehmen wird, läßt sich allerdings vorläufig noch nicht abschätzen. Die japanische Regierung versichert, daß sie keinen Krieg gegen China führen wolle. Aber man darf annehmen, daß sie zum mindesten versuchen wird, ihren

Ma 1928

20

Sonntag

Abrechnung

mit dem

Bürgerblock

Einfluß auf China zu verstärken, und das kann leicht zu Zusammenstößen mit den anderen imperialistischen Mächten führen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika vor allem wachen mißtraulich darüber, daß der japanische Einfluß in China nicht zu groß werde. Amerika wird sich zum mindesten bemühen, sich auf Kosten Chinas zu bereichern, um gegenüber Japan nicht zurückzutreten. Und wenn erst Amerika und Japan in China zu räubern versuchen, dann wird auch England nicht zurückstehen wollen.

Aus der Textilindustrie.

Kodifizierte Verkaufsbedingungen des Internationalen Seidenverbandes.

Der Internationale Seidenverband hat auf seinem diesjährigen Pariser Kongreß unter Vorsitz von Fougère, Vorsitzenden des französischen Seidenverbandes, das Problem der Kunstseide und die Verbesserung der Seidengarne und Seidengebequalitäten behandelt. Eine Kodifizierung der Verkaufsbedingungen für Seidenwaren wurde endgültig festgelegt. Zu einem der vier Vizepräsidenten wurde Abraham Fromein gewählt.

Betriebserweiterung der A.-G. für Strumpfwarenfabrikation vorm. M. Segall, Berlin.

Die Gesellschaft hat die der Firma Liebes & Zapp gehörende Fabrikanlage in Mülhausen i. Thür. käuflich erworben, um ihre Strickwarenabteilung wesentlich erweitern zu können.

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Les den Roman

„Der Baldamus und seine Streiche“

Von O. WÖHRLE



mit dessen Abdruck in dieser Nummer des „Textilarbeiter“ begonnen wird

Wer Unterhaltungslektüre liebt, muß diesen Roman lesen!

Berichte aus Fachkreisen.

Hamburg. (Jubilärfest.) In diesem Jahre konnte die Geschäftsstelle Hamburg des Deutschen Textilarbeiterverbandes neun Jubilare in ihrem Filialbereich feststellen. Zu Ehren dieser Jubilare veranstaltete die Ortsverwaltung eine kleine Feier im Gewerkschaftshaus. Der Kollege Frauböck begrüßte die Erschienenen im Namen der Ortsverwaltung. Nachdem gab der Gauleiter, Kollege Dahmann, einen kurzen Rückblick über die Entwicklung unserer Organisation. Er dankte den Jubilaren für die dem Verbandsgehaltene Treue. Gerade in den früheren Jahren wäre ein Eintreten und Belassen für den Verband und seine Ziele ein Beweis von persönlichem Opfermut und mit Entbehrungen verbunden gewesen. Mit dem Wunsche, daß die jüngere Generation die Alten sich zum Vorbild nehmen solle, schloß Kollege Dahmann seine Ausführungen. Hierauf überreichte der Gauleiter den Jubilaren die von dem Hauptvorstand überreichten Ehrenurkunden und sprach die Hoffnung aus, die Jubilare noch lange in unserem Verbands als Vorkämpfer für die Ziele der Arbeiterklasse tätig zu leben.

In dem darauf folgenden geselligen Teil erfreuten die Kollegen Gau und Zent durch Rezitationen und Geschichten in Hamburger Platt die Versammelten. Auch die Leiterin der Frauengruppe, Kollegin Zent, trug zur Unterhaltung der Anwesenden durch Vortrag von Volksliedern zur Laute bei.

Kaiserslautern. Die hiesige Ortsgruppe unserer Organisation hält am Pfingstsonntag, dem 27. Mai, ein Textilarbeiterverbandstreffen für die Pfalz ab. Zu diesem Verbandstreffen sind bereits alle Vorbereitungen getroffen. Morgens um 9 Uhr ist Empfang der auswärtigen Mitglieder am Hauptbahnhof und von hier aus gruppiert sich der Festzug und unter klingendem Spiel des Konzertsolisten Hänger-Marano geht es durch den nahegelegenen Wald über Trippstadt durch das Karsttal, am Beamtenerholungsheim vorbei nach dem herrlich gelegenen Naturfreundehaus des Touristenvereins im Finsterbrunnental. Hier finden Konzert und Volksbelustigungen aller Art, wie Tanz, Postfischen, Wurstschneppen und Sachspießen statt. Außerdem wird der Arbeitergefängnischor „Volkshor“ mit und Kollege Schöller, Berlin, wird die Festrede halten. Unsere Jugendgruppe wird diverse Reigen aufführen. Vorausgesetzt, daß uns der Wettergott hold ist, verspricht das Textilarbeiterverbandstreffen für die Pfalz wirkungsvoll zu werden. Deshalb lautet die Parole für alle Textilarbeiter und -arbeiterinnen am 1. Pfingstfesttag: Auf zum Textilarbeiterverbandstreffen im Finsterbrunnental bei Kaiserslautern!

Wangen. Maifeier. Nachdem innerhalb des Kartells die Frage zur Maifeier akut geworden war, nahmen die einzelnen Gewerkschaften dazu Stellung und kamen nach längerer Debatte zur Ueberzeugung, daß es auf Grund des Wahrungsjahres unbedingte Pflicht jedes einzelnen Funktionärs sein müßte, alles daran zu setzen, um den 1. Mai reiflos zu feiern.

Den Betriebsobleuten wurde aufgegeben, mit den Direktoren Rücksprache zu nehmen über völlige Arbeitsruhe am 1. Mai. Ersteinstreuerweise muß konstatiert werden, daß die größten Betriebe (Spinnerei und Weberei und Ausrüstungsanstalt) die völlige Arbeitsruhe erreichen konnten, während die kleineren Betriebe einen halben Tag bewilligt bekamen. Somit war die Vorbedingung für eine gute Maifeier vorhanden und mußte nun alles daran gesetzt werden, um eine unserer Bewegung entsprechende Demonstration zu erreichen.

Auch in diesem Punkte konnten wir mit Zufriedenheit feststellen, daß die Arbeit der Funktionäre von Erfolg war; denn der Demonstrationszug hatte eine Teilnehmerzahl von rund 600 aufzuweisen. Mit Mühe ging es durch die Stadt zum Festplatz, wobei ein Kollege aus Ulm eine Ansprache hielt, in der er besonders auf den kommenden Wahltag hinarbeitete und zur reiflosen Wahlbeteiligung und Stimmenabgabe für die Arbeiterpartei aufforderte. Leider mußte die anschließende Festlichkeit in einem Lokal abgehalten werden, da das Wetter ein unfreundliches war.

Am 2. Mai wurde in Wangen eine Wahlkundgebung verbunden mit Lichtbildervortrag und musikalischen Vorführungen abgehalten. Es konnte zu dieser Propaganda zum erstenmal die neue Turnhalle benutzt werden, welche sonst jeder politischen Bewegung von Seiten der Gewerkschaften und Sozialdemokratie gesperrt war. Es mag vielleicht doch unsere Demonstration dazu etwas beigetragen haben, die auch den Bürgerlichen gezeigt hat, daß bei uns in Wangen der Wille zur Freiheit im Herzen der Arbeiter lebendig ist.

Achtung Strumpfwirker!

Ein vor mehreren Jahren nach Kenosha, Wis., USA (Amerika) ausgewandeter Strumpfwirker schreibt an einen unserer Geschäftsführer in Sachsen, daß bei ihm die Strumpfwirker einen scharfen Kampf mit dem Unternehmertum ausfechten. Die Wirker sollen statt einer Maschine deren zwei bedienen, ohne daß sie für die Mehrleistung besonders entschädigt werden. Der deutschamerikanische Kollege beschwert sich weiter, daß deutsche Arbeiter, die aus der Gegend von Staßfurt (Prov. Sachsen) von den amerikanischen Unternehmern nach dort gelockt worden sind, als Streikbrecher verwandt werden. Er bittet deshalb, den Zugang nach Amerika zu unterbinden.

Wir möchten an dieser Stelle darauf verwiesen haben und wären dankbar, wenn die übrigen Gewerkschaftszeitungen sich dieser Warnung anschließen würden. Der deutschamerikanische Kollege weist besonders darauf hin, daß es nicht Textilarbeiter sind, die dort zum Streikbrecher werden, sondern Leute, die in anderen Berufen tätig gewesen sind.

Briefkasten.

Freiſch-Siegnitz. Auffach bereits veröffentlicht. Gruß Dr. Fraub-Hamburg. Beitr. „Totenliste“ siehe Beschluß vom Hamburger Verbandstag. Gruß d. R.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 20. Mai 1928, ist der Beitrag für die 20. Woche fällig

Adressenänderungen.	Cherl, Eitorf a. d. Sieg, Harmonie
Gau Hannover. Bremen. Das Bureau befindet sich jetzt: Nordstraße 45/47 (Neues Gewerkschaftshaus).	15. K.: Mathias Bolz, Bourauid b. Eitorf a. d. Sieg Nr. 89.
Gau Augsburg. Weiler im Allgäu. K.: Ixaver Rißling, Bremenried bei Weiler im Allgäu, Fabrikstraße.	Gau Augsburg. Weiler im Allgäu. K.: Ixaver Rißling, Bremenried bei Weiler im Allgäu, Fabrikstraße.

Beitrag: Karl Schneider in Berlin, Remeler Str. 6/9. — Bekanntmachender: Helmut Sage Düssel in Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

Wir wählen, weil wir uns helfen wollen . . .

Die Textilarbeiterinnen und die Wahlen.

Die politischen Wahlen im Mai 1928 bedeuten durch ihren Ausgang, in welchem das Versprochene in der Verfassung Wirklichkeit wird. Inwiefern also Verfassungsänderungen in Bedingungen des Arbeitsverhältnisses überleben. Ob sie gedruckt auf dem Papier stehen bleiben, oder sie in gesetzliche Gebote und Verbote verwandelt werden, den einzelnen Arbeitgeber unter Strafandrohung anzuordnen, bezahlte menschliche Arbeitskraft nur unter gebilligten Bedingungen zu verwenden.

Die Textilarbeiterinnen brauchen sehr diese Hilfe des Volkes. Der Bürgerblock im Reichstag und in der Reichsregierung versagte sie aber mehr als einmal.

Noch fehlt die rechtsrechtliche Regelung der Berufsausbildung und Berufsschulung. Hunderttausende Textilarbeiterinnen entbehren dadurch der systematischen Berufsausbildung und Berufsunterweisung. Noch erkennen nicht politische Schlichter: Für gleichwertige Leistung gleiche Bezahlung! Ihre Lebenssprüche stehen billiges Ermessen und rechtliches Erwägen vermissen und schaffen der Textilindustrie erhebliche Differenzen zwischen Männer- und Frauenlöhnen.

Nach sind die vom Bürgerblock beschlossenen Schulzölle wirksam, verteuern die Textilwaren, beschweren unnötig den Textilhandel, verknappen die an sich geringe Kaufkraft der Bevölkerung und verstärken dadurch die Existenzschwierigkeiten, die für die Arbeiterinnen einer Mode- und Gebrauchsgüterindustrie ohnehin gegeben sind.

Noch ist die Bestimmung: „Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reichs... Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht...“ bloß Verheißung. Das Arbeitszeitgesetz mit seiner unbeschränkten Möglichkeit des Zehnstundentages bezweckt sogar das gerade Gegenteil. Zugleich machte das Reichsarbeitsministerium in der missverständlichen Auslegung von Arbeitszeitbestimmungen durch Länderbehörden der bewährten Mithilfe schuldig.

Noch harrt die Ankündigung: „Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur wirtschaftlichen Vorbeugung von Altersschwäche und Wechseljahren des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherer...“ so gut wie ganz der Erfüllung. Was vorhanden ist, sind Ansätze, jenes Versprechen einzulösen. Sie hindern nicht, daß Arbeiterinnen mangels wirtschaftlicher Fürsorge bis zum Tage der Niederkunft dem Erwerb nachgehen müssen.

Nach besteht die Forderung: „Schwangerschaftsbeschwerden sind als Krankheiten im Sinne der Krankenversicherung anzuerkennen.“ Gerade die Textilarbeiterinnen erheben sie. 60 Proz. unter ihnen entbinden infolge jahrelanger Berufsausübung anormal.

Nach müssen Arbeiterinnen bis zum 65. Lebensjahr erwerbsfähig sein, wie sie ohne ärztliches Attest Altersunterstützung beziehen können. Aber gerade Beispiele aus der Textilindustrie beweisen, daß das außergewöhnlich übersteigerte Arbeitstempo in Verbindung mit der maßgeblichen Akkordarbeit die körperlich-geistige Spannkraft der Arbeiterinnen schon um 20 Jahre früher erschöpft.

Nach ist so gut wie gar nichts geschehen, um den Tausenden verheirateten oder verheiratet gewesenen Textilarbeiterinnen öffentliche Hilfe zuteil werden zu lassen, damit sie die Lasten des Erwerbs- und Hausfrauenlebens tragen können. Dieses muß geschehen, wenn Verjüngtes nachgeholt werden soll. Aber keine Ueberstützung, kein plan- und zielloses Experimentieren vermag hier einen Ausgleich zu bringen.

Was fehlt, ist dauerndes unänderndes Arbeiten an gesellschaftlich Ueberholtem und Unzureichendem. Daß sich die bürgerlichen Parteien, wie sie auch heißen mögen, für diese Arbeit nicht eignen, beweist die jahrelange Bürgerblockpolitik. Daß die Kommunisten und wer sonst noch zu den Arbeiterparteien gerechnet werden soll, für zweckmäßiges, auf Zeit eingestelltes Handeln nicht sind, ergab jedenfalls die jüngste Vergangenheit.

Eine einzige Partei gewährleistet diese sichere stete Arbeit. Ihre jahrzehntelange Praxis, ihr Verhalten in größter Not, ihr abwehrendes Eintreten, dort wo Arbeiterrechte geschmälert, ihr entschlossenes Handeln, dort wo Arbeiterrechte verweigert werden sollten, sprechen dafür. Nur eine einzige Partei unterstützt durch ihre Arbeit im Parlament sachliche Gewerkschaftsarbeit. Nur eine einzige Partei ist imstande, Arbeitnehmerrechte durch rechtliche Bewertung des überantworteten politischen Verantwortung zu ergänzen und zu erweitern.

Diese eine Partei ist die Sozialdemokratische Partei. Die Textilarbeiterinnen, die vorwärts, die von Unternehmermüßigkeit und von der gesellschaftlichen Minderbewertung freikommen wollen, zeichnen deshalb am 20. Mai ihre Stimme in Feld 1. Elfe Niemiera.

Wahlrecht ist Wahlpflicht.

Wir stehen nun wieder einmal vor den Wahlen und haben alle Kräfte zusammenzunehmen, damit wir einen vollen Erfolg erlangen. Vor allen Dingen gilt es die Arbeiterinnen für die Wahlen zu interessieren, da ja bekanntlich die Frauen das größte Kontingent der Wählerschaft stellen.

Zehn Jahre sind bereits vergangen, seitdem die Frauen ins Reichsparlament einzogen. Zehn Jahre sind es her, seitdem die deutsche Arbeiterenschaft das stürzte, was längst morsch und faul geworden war. Die gewaltige politische Umwälzung vom November 1918 brachte auch den Frauen, worauf sie schon lange Anspruch hatten, das politische Wahlrecht. Bis dato hatte nur der Mann das Recht, in der Wählerschaft zu wirken. Bis zum Jahre 1908 hatte die Frau nicht einmal das Recht, sich politisch zu organisieren und öffentliche politische Versammlungen zu

Diesem gemeinsamen Kampf ist es zu verdanken, daß Verbesserungen auf dem Gebiete geschaffen worden sind. Das am 1. August 1927 in Kraft getretene Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft sowie die Verbesserung der Wochenhilfe durch die Änderung des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung bieten in jeder Hinsicht einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand. Selbstverständlich erfüllen auch diese Verbesserungen noch nicht alle sozialen Wünsche. Der kommende Reichstag wird sich aufs neue mit den Forderungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu beschäftigen haben. Von dem Ausfall der Wahlen, von der Beteiligung der Textilarbeiterinnen an diesen Wahlen, wird es abhängen, ob weitere Verbesserungen zugunsten der erwerbstätigen Frauen und Mädchen verwirklicht werden können. Desgleichen kämpft seit Jahrzehnten die organisierte Arbeiterenschaft um eine vernünftige

Regelung der gesetzlichen Arbeitszeit.

Die maß- und rücksichtslose Verlängerung der Arbeitszeit, wie sie von dem Unternehmertum angestrebt wird, erschöpft die Kraft der Arbeiterenschaft, insbesondere der Arbeiterinnen vorzeitig. Dennoch ist die Arbeitslast der Arbeiterin noch nicht in dem Augenblick erledigt, wo sie ihre Arbeitsstätte verläßt, sondern dann wartet auf sie noch die Beforgung des Haushaltes, dazu kommen noch in sehr vielen Fällen ebenfalls noch die Mutterpflichten, so daß es einen Achtstundentag für die Frau selbst da nicht gibt, wo er im Berufe gesetzlich oder tariflich vorgeschrieben ist. Der Achtstundentag, den wir als wichtigste Errungenschaft der Revolution betrachten, konnte dadurch, daß der Besitzbürgerblock lediglich auf die Profitucht des Unternehmertums Rücksicht genommen hat, für die Allgemeinheit nicht gesichert werden. Auf alle Fälle wird der Ausfall der kommenden Wahlen für die Sicherung des gesetzlichen Achtstundentages maßgebend sein.

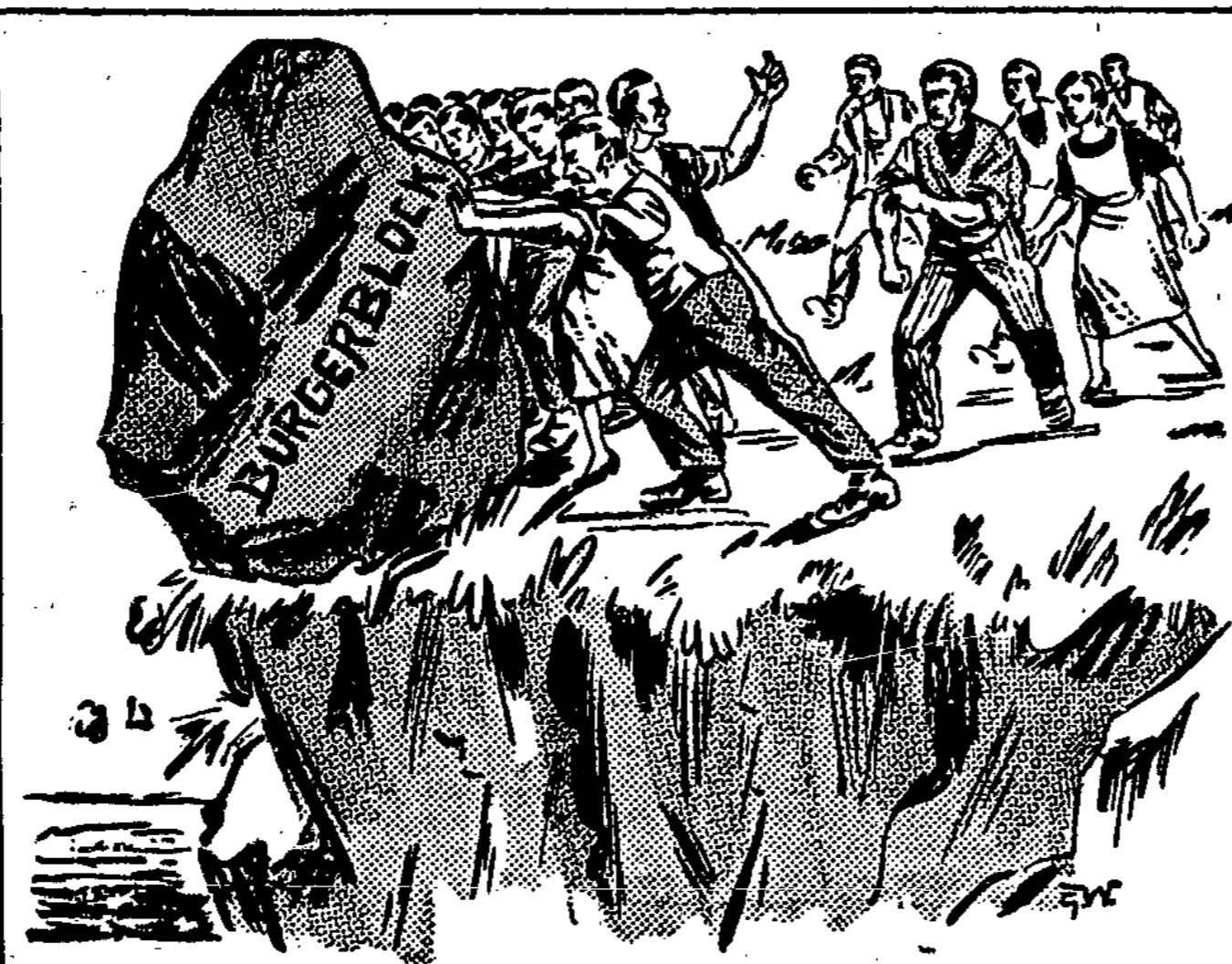
Auch müssen die Arbeiterinnen daran denken, daß es notwendig ist, die

Sozialversicherung besser auszubauen, ausreichende Renten zu schaffen, damit die Arbeitsinvaliden einen frohen und zufriedenen Lebensabend verbringen können. Desgleichen ist der Säuglings- und Kleinkinderschutz sowie dem Jugendschutz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Kampf um eine gesunde Entwicklung der Jugend wird mit aller Energie fortgeführt. Die Frauen und Mädchen haben dafür zu sorgen, daß es im kommenden Reichstag den Parteien nicht mehr möglich wird, Geld für Kinderpensionsabzulehnen und im Gegensatz dafür Unsummen für Panzerkreuzer u. dgl. zu bewilligen. Unendlich viel Aufgaben gilt es noch zu erfüllen. Denn Mütter, Säuglinge, Kinder und Jugendliche stehen heute im Mittelpunkt gesetzgeberischer Fürsorge. Deshalb ist es Pflicht einer jeden Arbeiterin, ihr Wahlrecht am 20. Mai auszuüben, ihre Stimme der Partei des werktätigen Volkes, der Sozialdemokratie, zu geben, damit der neue Reichstag die Macht erhält, um die berechtigten Forderungen der Arbeiterenschaft zur Durchführung bringen zu können.

Die letzten Jahre nach der Revolution bedeuteten Kampf auf der ganzen Linie für die berufstätige Frau. Jedoch sind alle kulturellen Verbesserungen gegen den Willen der Rechtsparteien geschaffen worden. Ueberhaupt sind diese Herrschaften gegen jede soziale Verbesserung, die für die arbeitenden Frauen und Mädchen angestrebt wird. Desgleichen würden sie auch am liebsten das Frauenwahlrecht abschaffen, die Frauen wieder zu unmündigen Staatsbürgerinnen stempeln. Ganz offen haben sie dies ausgesprochen. In der Zeitschrift „Deutschnationaler Bund der Hauswirte“ wird gegen „das Wahlrecht der Dummen“ Sturm geschlagen und ihm ein „vernünftiges Wahlrecht“ gegenübergestellt. Es heißt da wörtlich:

„Zunächst muß die Unerfahrenheit ausgeschaltet werden durch Heraufsetzen des Wahlalters auf 30 Jahre. Dann muß das Frauenwahlrecht beseitigt werden, da dieses nur die Stimmzahl verdoppelt und die Wahlen verteuert. Frauen haben in der Politik nichts zu suchen. Endlich muß die Mündigkeit ausgeschaltet werden durch Einführung einer Wahlprüfung über Wirtschaftsprüfung. Nur wenn diese drei Bedingungen erfüllt sind, können wir wieder zu vernünftigen Zuständen gelangen.“ Hiermit haben die rechtsstehenden Kreise mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie sie über die Wählerschaft der arbeitenden Massen denken, denn nur gegen diese wenden sich die Aussprüche. Besonders kennzeichnend für die Arbeiterinnen ist die Forderung der Deutschnationalen nach Abschaffung des Frauenwahlrechts.

Darum, Kolleginnen, die ihr gleich den werktätigen Männern in das kapitalistische Joch eingespant seid, die ihr noch die Sorge um die Kinder, um den Haushalt habt, bereitet am 20. Mai diesen Feinden der Frauenrechte eine große Niederlage, wirkt bis zum Wahltage aufklärend für den Sieg der Partei des Frauenwahlrechts. Für den Sieg der Sozialdemokratie, die immer und zu allen Zeiten für die Gleichberechtigung der Frauen eingetreten ist. Vergeht es nicht, Wahlrecht ist Wahlpflicht! E. Ritsche.



Am 20. Mai darf kein Arbeiter und keine Arbeiterin fehlen, um den Bürgerblock eabgültig zu stützen!

besuchen. Auch das Wahlrecht besaß sie nicht, sie war Unmündigen, Geisteskranken und Verbrechern, die ebenfalls nicht wählen durften, gleichgestellt. Nur eine einzige Partei, die Sozialdemokratie, unterstützte die Frauen im Kampf um die politische Gleichberechtigung und forderte bereits seit dem Jahre 1891 das gleiche Wahl- und Stimmrecht für alle Wahlen und Abstimmungen ohne Unterschied des Geschlechts. Im Verfolg dieser Bestrebungen verkündete dann auch am 12. November 1918 die Sozialdemokratische Volksregierung das gleiche politische Wahlrecht für Mann und Frau vom 20. Lebensjahr an.

Die Frauen und Mädchen müssen sich über die Bedeutung ihrer politischen Rechte klar sein, müssen bei den Wahlen am 20. Mai daran denken, daß

Wahlrecht auch Wahlpflicht

bedeutet. Vom Ergebnis dieser Wahlen wird es abhängen, ob die Forderungen unserer Organisation noch besonderem Schutz der Arbeiterinnen auch die genügende Unterstützung in den Parlamenten finden wird. Weil die Frauen gezwungen sind, den Existenzkampf unter den gleichen ungünstigen Bedingungen zu führen wie die Männer, deshalb müssen sie auch so geschützt werden, daß die Erwerbstätigkeit ihnen nicht alle Lebensfreude raubt. Zu dem allgemeinen Schutz, an dessen Verwirklichung Mann und Frau gemeinsam beteiligt sind, kommt die Notwendigkeit eines besonderen Schutzes für die Arbeiterinnen. Dieser Schutz darf sich nicht nur auf die Zeit der Schwangerschaft und die erste Zeit nach der Niederkunft erstrecken, er muß die weibliche Erwerbstätige überhaupt erfassen. Die naturgegebene Aufgabe der Frau, Mutter zu sein, erfordert Rücksichten, weil gewisse körperlich schwere Arbeiten und manch anderer Berufseinfluß für die Frau in weit höherem Maße zur Gefahr werden kann als dem Mann. Wenn der Frau das Recht auf Arbeit, für die sie sich berufen fühlt, zuerkannt wird, so stehen wir andererseits auf dem Standpunkt, daß die Erwerbsarbeit der Frau nicht die Möglichkeit einer gesunden Mutterschaft nehmen und damit nicht zur bevölkerungspolitischen Schädigung für die Allgemeinheit werden darf. Aus diesem Grunde ist das

Kapitel Arbeitsschutz

von ganz besonderer Bedeutung für die Frau. Seit Jahren kämpft der Deutsche Textilarbeiterverband für einen ausreichenden gesetzlichen Schwangerschutz und Wöchnerinnenschutz. Die Sozialdemokratie hat die Forderungen unseres Verbandes in den Parlamenten vertreten.

